

## Unterrichtsqualität steigern

Wir wollen beispielsweise

- > eine Stärkung von Erziehung und Sozialkompetenz an den Schulen,
- > die vorschulische Förderung von Kindern,
- > dass Zeugnisse den Entwicklungs- und Leistungsstand der Kinder präziser wiedergeben können,
- > eine Modernisierung des Unterrichtes und die Ausrichtung der Lehrpläne an internationale Standards,
- > zentrale Jahrgangsstufentests und Prüfungen an den Schulen,
- > eine Verbesserung der Qualität der Lehrerausbildung,
- > eine Zusammenarbeit zwischen Schulen, Handwerk und Wirtschaft,
- > die geeignete Förderung von Lernschwachen und Begabten,
- > die Einführung von Studiengebühren, .....

## Berufsausbildung modernisieren

Für Jugendliche, deren Begabung speziell im praktischen Bereich liegt, sollen theorieentlastete Ausbildungsgänge eingeführt werden.

Die Einführung neuer, flexibler Ausbildungsberufsfelder soll geprüft, Mobilitäts- und Ausbildungshilfen sollen eingeführt werden.

Einführung von Berufsakademien in Rheinland-Pfalz als vollwertig anerkannte Bildungseinrichtungen. Der Abschluss an einer Berufsakademie soll vergleichbar mit dem Abschluss an einer Fachhochschule sein.

## Anreize für eine lebenslange Fort- und Weiterbildung verstärken

Lebenslanges Lernen ist eine Kernanforderung der Wissensgesellschaft, gerade im Hinblick auf ältere Arbeitnehmer. Regelmäßige Fort- und Weiterbildung erhöht deutlich die Chancen des einzelnen Arbeitnehmers und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt.

Dabei bedarf neben der beruflichen Fort- und Weiterbildung die allgemeine Erwachsenenbildung einer stärkeren Unterstützung.

Fort- und Bildungsmaßnahmen sind vom Arbeitgeber entsprechend zu fördern, da diese auch ihm zu Gute kommen.

## Bereich „Soziale Sicherungssysteme“

### Verlässliche Absicherung für heute und morgen

Wir wollen eine Absicherung, die auch für die kommenden Generationen noch bezahlbar ist und verlässliche Leistungen bietet. Eine „Rund-Um-Sorglos-Absicherung“ kann und soll der Staat nicht leisten. Nach wie vor sind grundlegende Reformen notwendig.

### Soziale Sicherungssysteme stärker auf die Kernaufgaben konzentrieren

Die Grundversicherung soll nur noch die normalen Kernbereiche des Lebens beinhalten. Besondere Lebensrisiken muss jeder Einzelne selbst versichern (Risikosportarten etc.). Was der Einzelne selbst leisten kann, muss er auch leisten.

Bei Eigenbeteiligungen muss eine einkommensabhängige Belastungsgrenze gelten.

### Missbrauch von Leistungen eindämmen und ahnden

Dies gilt sowohl für den Missbrauch durch Wirtschaft (Frühverrentung) als auch durch Versicherte oder Leistungsempfänger.

Sozialhilfeempfänger dürfen nicht besser gestellt werden als beitragszahlende Arbeitnehmer.

### Mehr Transparenz

Wir fordern, dass die Patienten künftig erfahren, was ihre Behandlung kostet und welche Leistungen z.B. der Arzt oder das Krankenhaus mit der Krankenkasse abrechnet.

### Reformen auf alle Bevölkerungsgruppen übertragen

Alle müssen ihren Beitrag zu den notwendigen Sozialreformen leisten.

### Für die Gesundheit gilt:

Für alle Patienten müssen medizinische Leistungen auf einem qualitativ hochwertigen Niveau gewährleistet werden – unabhängig vom Einkommen und unabhängig vom Alter!

Impressum:  
V.i.S.d.P.: CDA-Bezirksverband Koblenz-Montabaur, Clemensstraße 18,  
56068 Koblenz

## CHRISTLICH & SOZIAL - dem Menschen verpflichtet -



“Die CDA ist Urgestein der CDU.

Sie gehört ins Zentrum des Selbstverständnisses und der Geschichte der Union.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eng mit Positionen und Personen der CDA verbunden. Das ist nicht nur Geschichte, sondern auch ein Zukunftsauftrag. Die CDU ist keine Partei, die alles dem “freien Spiel der Kräfte” überlassen will. Gäbe es die CDA nicht – sie müsste gegründet werden.”

**Dr. Jürgen Rüttgers**

Ministerpräsident  
von Nordrhein-Westfalen

## Entstehungsgeschichte der CDA

Die CDA entstand im Jahre 1945 als Zusammenschluss der christlichen Gewerkschaftler der Weimarer Republik. Ihre erste Aufgabe sahen sie darin, einheitliche Gewerkschaften und die CDU mitzubegründen.

Nach 1945 stellte sich die CDA die Aufgabe, die christlich-soziale Idee in den neu geschaffenen Einheitsgewerkschaften und in der CDU zu repräsentieren.

Denn: Die CDU ist nur so lange Volkspartei, wie sich in ihr personell und programmatisch die christlich-soziale Bewegung wieder erkennt. Und Einheitsgewerkschaften kann es nicht geben ohne feste Verankerung der christlich-sozialen Bewegung in ihnen.

## Unsere Rolle in der CDU

Die CDA ist eine der Vereinigungen der CDU. In der CDU vertreten wir die Arbeitnehmerinteressen. Wer bei uns mitarbeitet, sollte Mitglied der CDU sein. Das ist aber keine Bedingung. Er darf allerdings nicht einer anderen Partei angehören. Die CDA sucht den Kompromiss, verleugnet aber ihre Grundsätze nicht. Je stärker die CDA ist, umso besser ist das für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in der CDU. Für die CDA gelten keine ideologischen Phrasen; der Mensch und nicht irgendeine Idee steht im Mittelpunkt unseres Handelns.

## Unsere Rolle in den Gewerkschaften

Gewerkschaften sind die Organisationen der Arbeitnehmer zur Durchsetzung ihrer Interessen, die aus ihrer Arbeitnehmerrolle herrühren. Wir meinen, dass es in einer differenzierten pluralistischen Gesellschaft keine Allzuständigkeiten geben kann.

Das gilt für die Gewerkschaften ebenso wie für die Parteien. Wir wollen starke Gewerkschaften. Wir vertreten in ihnen unseren christlich-sozialen Standpunkt.

## Unsere Rolle in den Betrieben

Die entscheidende Basis unserer Arbeit liegt im Betrieb. Denn wir wollen, dass unsere Politik ständig rückgekoppelt bleibt an die Interessen und Erfahrungen des einzelnen am Arbeitsplatz. Nur so zählt unsere Stimme in der Partei und in den Gewerkschaften. Unsere Betriebsgruppen, in denen auch gleichgesinnte Kolleginnen und Kollegen mitarbeiten können, die nicht der CDA angehören, sind für die Menschen im Betrieb da. Sie wollen Unterstützung geben, helfen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen anregen.

## Christliche und soziale Politik für Arbeitnehmer und Familien.

Nach unserer Überzeugung gehören Wirtschaftspolitik und soziale Verantwortung zusammen.

Die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist die beste Sozialpolitik und damit eines der obersten Ziele. In der Sozialen Marktwirtschaft regeln die Sozialpartner Arbeitsbedingungen, Lohn- und wesentliche Lohnnebenkosten. Die Tarifautonomie ist deshalb der Schlüssel zu Arbeitsplätzen und Vollbeschäftigung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen miteinander den Wertzuwachs ihrer Unternehmen. Beide zusammen erarbeiten den materiellen Wohlstand unseres Volkes.

### Bereich „Arbeit“

**Bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen** Existenzgründungen sind zu fördern. Hier sind insbesondere die Banken gefordert.

Der Trend, ältere Arbeitnehmer über die Sozialsysteme aus dem Arbeitsmarkt zu verdrängen muss eingedämmt werden.

### Ein Ausbildungsplatz für jeden arbeitsfähigen und -willigen Schulabgänger

Dies ist nur mit einem Schulterschluss von Politik und Wirtschaft zu erreichen. Den Jugendlichen muss eine berufliche Perspektive gegeben werden.

### Industrie, Mittelstand und Handwerk verpflichten

Handwerk und Mittelstand schaffen die meisten Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze.

Die Wirtschaftsführenden (Vorstände, Aufsichtsräte etc.) sollen sich durch Selbstverpflichtung über Bezüge und Abfindungen an die Entwicklung der Löhne und Abfindungen im eigenen Unternehmen orientieren.

### Mobilität der Arbeitnehmer durch Pendlerpauschale erhalten

Die Pendlerpauschale ist keine willkürliche Verfügungsmasse für Rot-Grün, sondern das sind Werbungskosten für mobile und leistungsbereite Arbeitnehmer. Die von der Bundesregierung auch weiterhin geplanten Kürzungen der Pendlerpauschale stellen eine willkürliche Steuererhöhung dar. Diesen

Plänen widersetzen wir uns. Die Pendlerpauschale muss weiterhin die Mobilität der Arbeitnehmer ermöglichen.

### Bereich „Familie“

#### Vorrang für Kinder

Ehe und Familie sind die Grundlage für die Solidarität und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Nach wie vor ist die Ehe die verlässlichste auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft für Familien mit Kindern. Wir setzen uns für die Wahlfreiheit der Eltern bei der eigenen Lebensgestaltung ein und schaffen bestmögliche Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder.

#### Kinderbetreuung verbessern und ausbauen

Wir fordern die Förderung und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen weiter zu verbessern und auszubauen. Ziel muss es sein, für jedes Schulkind einen Platz in Horten und Ganztagsangeboten zu schaffen. Das gleiche gilt für Kinder unter drei Jahren.

Die Mittagsbetreuung im Rahmen der kind- und familiengerechten Ganztagschule muss weiter auf- und ausgebaut werden.

#### Arbeitswelt familienfreundlicher gestalten

Neben der Kinderbetreuung hängt die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit von einer familienfreundlichen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse ab. Das ist nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft erreichbar.

#### Finanzielle Förderung erhalten und soweit wie möglich ausbauen

Zusätzlich zu den bestehenden Leistungen ist ein Landeserziehungsgeld einzuführen (vgl. Bayern).

Familienpolitisches Ziel muss es sein, dass keine Familie aufgrund von Kindern sozialhilfeabhängig wird. Der Kinderwunsch darf nicht an der finanziellen Situation scheitern.

### Bereich „Bildung“

#### Hervorragend ausgebildete Menschen sind der beste Rohstoff

Der Verstand ist unser stärkstes Kapital. Er muss in schulischer Bildung und beruflicher Aus- und Fortbildung gepflegt und bestmöglich gefördert werden.